

# Ungewissere Zukunft – klarer Kurs

## Vollbeschäftigung, Wohlstand, sozialer Zusammenhalt

Die Wirtschaft läuft zum Jahresbeginn 2017 rund. Die Unternehmen im Freistaat haben ihre Leistung im 1. Halbjahr 2016 um 3,3 Prozent gesteigert, der Bundesdurchschnitt lag bei 2,3 Prozent. Wir erwarten trotz labilerer Weltkonjunktur einen neuen Exportrekord 2016. Die Beschäftigung steht auf einem Höchststand, die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefstand. Für dieses Jahr wird mit einer Fortsetzung des Aufschwungs gerechnet.



Dr. Otto Wiesheu  
Präsident Wirtschaftsbeirat Bayern

### WIRTSCHAFT BAYERNS IN HOCHFORM

Die wirtschaftliche Stärke des Freistaats zeigt, wie wichtig eine zukunftsfähige, langfristige orientierte Wirtschaftspolitik für ein Land ist. Es zahlt sich aus, dass Bayern mit langem Atem auf Bildung und Infrastruktur, Investitionen und Innovationen in allen Landesteilen gesetzt hat. Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Dienstleistungssektors stets in das Zentrum unserer Politik gestellt. Wir haben stets eine gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben gefördert. Bayern ist Gewinner der Globalisierung, weil wir die Chancen offener Märkte und neuer Technologien für Wohlstand und Arbeitsplätze nutzen.

Aber die Erfolge von heute sind keine Garantie für ein Gelingen der Zukunft. Dies gilt umso mehr, als die politischen Ungewissheiten größer geworden sind. Vor ein paar Jahren noch schien das europäische Einigungswerk unumkehrbar zu sein. Heute kämpfen wir mit dem griechischen Drama, der schwelenden Schuldenkrise, mit Brexit, mit Niedrigzinspolitik, mit Migrationsdruck und Terror-

ismus. Wann kommt Italien wieder auf die Beine? Wie werden die französischen Wähler bei den Präsidentschaftswahlen entscheiden? Wie wirkt sich das alles auf die Europäische Union aus?

### POLITISCHE RISIKEN

Ungewissheit besteht nach dem Amtsantritt von Donald Trump als 45. Präsident der USA. Wird er aus Amerika eine Festung des Protektionismus machen? Die Androhung von Zöllen auf Fahrzeuge ist für die Automobilindustrie nicht beruhigend. Was sind dann im Ergebnis NAFTA und andere Abkommen wert? Bekommt das transatlantische Bündnis in der Außen- und Sicherheitspolitik schwere Risse? Wie wird das künftige Verhältnis der USA zu Russland und Iran und damit auch zu Syrien aussehen, wie zu China? Das alles hat unkalkulierbare Rückwirkungen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Wir leben von offenen Märkten, freiem Handel und guten Wirtschaftsbeziehungen mit vielen Ländern in aller Welt, allen voran den USA.

Unabhängig von politischen Unwägbarkeiten setzt sich der globale Wettbewerb und Wandel mit hoher Dynamik fort. China will 1,2 Billionen Euro einsetzen, um bis 2025 auf technologischen Schlüsselfeldern Spitzenpositionen zu erreichen. Die staatlich gelenkte Strategie, internationale High-Tech-Betriebe aufzukaufen, um im Rennen um Technologieführerschaft zügig voran zu kommen, stellt uns vor neue Herausforderungen. Zugleich treibt die digitale Revolution in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft den Strukturwandel mit großer Dynamik voran. Die

Digitalisierung ist eine Herausforderung, sie ist vor allem aber eine große Chance für Bayern, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Industrie ist unsere Stärke, Industrie 4.0 ist unsere Zukunft.

Unsere Antwort auf all diese Fragen muss wie bisher lauten: Veränderung und Wandel nicht verweigern, sondern gestalten, Chancen nutzen, Risiken reduzieren. Die Arbeit wird uns nicht ausgehen. Digitalisierung und Internationalisierung bringen den Menschen Erleichterungen und eröffnen ihnen neue Möglichkeiten. Aufgabe von Wirtschaft und Politik ist es, den Weg für neue zukunftsweisende Möglichkeiten frei zu machen, für eine bessere Lebensqualität, für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Die Kritiker der Innovations- und Globalisierungspolitik sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Wahrnehmung der Chancen dieser Politik zur Exportstärke Deutschlands, zu Wachstum, neuen Arbeitsplätzen und dem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt hat. Das zurück zu drehen wäre fatal.

### DIGITALISIERUNG

Die Bayerische Staatsregierung hat dabei wichtige technologiepolitische Meilensteine gesetzt. Das Zentrum Digitalisierung Bayern treibt die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft in Schlüsselfeldern wie Mobilität, IT-Sicherheit, Energie, Medizintechnik etc. voran. Sie unterstützt damit die Strategie Industrie 4.0. Die neuen Gründerzentren in allen Landesteilen und der Gründerfonds steigern die Gründerdynamik auf diesem Feld in ganz Bayern. Bayern ist wirtschaftlich stark, weil wir seit

Jahrzehnten auf technischen Fortschritt gesetzt haben.

„Wandel gestalten, Chancen nutzen“

Wenn wir uns an die Spitze der Digitalisierung setzen wollen, können wir es uns nicht erlauben, bei der digitalen Infrastruktur nur Mittelmaß zu sein. In Freistaat kommt der Breitbandausbau mit Übertragungsraten von 50 Mbits/s flächendeckend zügig voran. Das bayerische Programm zur Schließung der Lücken im Mobilfunk sorgt für digitale Erreichbarkeit im ganzen Land.

Das ist moderne Regionalpolitik und verhindert schon im Ansatz, dass eine digitale Kluft zwischen Stadt und Land entstehen kann. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben, sondern müssen schon jetzt die nächsten Entwicklungsstufen ansteuern. Aufgabe des Bundes in der nächsten Legislaturperiode wird es sein, mit kräftigen Investitionen den Ausbau von Gigasetzen in Angriff zu nehmen. Hier heißt es nicht kleckern, sondern klutzen, es geht um unsere digitale Zukunft.

### AUSBAU VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die Verkehrsinfrastruktur muss weiter ausgebaut und optimiert werden. Als ebenso rohstoffarmes wie exportstarkes Land sind wir auf den Import von Rohstoffen und die pünktliche Lieferung unserer Produkte im internationalen Vertrieb angewiesen. Voraussetzung für den reibungslosen Import wie Export ist der ungehinderte Transport von Waren und Gütern. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze. Bayern muss, um seine internationale Position behaupten zu können, an alle wesentlichen internationalen Zentren per Luft-

„Es geht um unsere digitale Zukunft“

verkehr angebunden sein. Sonst verlieren wir an Dynamik, Leistungsfähigkeit und damit an Wachstum und Arbeitsplätzen. Daher bleiben Pflege und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Straße, Schiene, Wasser- und Luftverkehr eine permanente Aufgabe.

## WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG

Achillesferse der Energiewende sind die (Nicht-)Speicherbarkeit der volatilen regenerativen Energien und die Entwicklung der Strompreise. Diese sind international nicht wettbewerbsfähig und drohen zum Risiko für den Standort zu werden. Für die Verbraucher und für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft muss ein weiterer Anstieg der Strompreise gestoppt und ihre Senkung

eingeleitet werden. Der Wirtschaftsbeirat hat dazu Vorschläge vorgelegt, u.a. z. B. eine Senkung der Stromsteuer. Ein Streckungsfonds kann eine zeitliche Verteilung der Lasten bringen. Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass einmal die erwarteten Kosten der Energiewende definiert werden und zudem dafür gesorgt wird, dass nicht durch weitere Entscheidungen das Projekt noch zusätzlich massiv verteuert wird. Andernfalls würde der Streckungsfonds

auf unkalkulierte Zeiträume ausgedehnt, sehr leicht für Gefälligkeitsentscheidungen missbraucht und für die Übertragung von Lasten auf die nächste Generation genutzt werden. Angesichts der demografischen Entwicklung und der Verschuldung der öffentlichen Hand wäre das unvertretbar. Mittelfristig sind eine Abschaffung des jetzigen Förderregimes und eine Marktintegration erneuerbarer Energieträger unverzichtbar, wenn wir wieder zu einer wettbewerbsfähigen Stromwirtschaft kommen wollen.

## HAUSHALTS- UND STEUERPOLITIK

Bayern kann Zukunft gestalten, weil die Staatsfinanzen solide geführt werden. Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs war auch deshalb ein wichtiger Erfolg, weil er das Land jährlich um 1,3 Mrd. Euro entlastet. Damit kann Bayern den Kurs „Neuverschuldung vermeiden, Schulden tilgen und Investieren“ auch nach 2020 fortsetzen.

Solide Finanzen und eine Steuerpolitik, die Eigenverantwortung stärkt, Investitionen und Innovationen fördert, das muss die Richtschnur der Steuer- und Finanzpolitik des Bundes für die nächste Legislaturperiode sein. Eine Neuauflage der Vermögens-

steuer wäre ebenso kontraproduktiv wie die sog. Robotersteuer. Die Politik muss Bürger und Wirtschaft angesichts der starken Steuererhöhungen entlasten. Auf die Agenda gehören eine sachgerechte Ausgestaltung der Steuerprogression bei Lohn- und Einkommenssteuer, die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags, neue steuerliche Anreize für Investitionen sowie für Forschung und Entwicklung.

Drei Themen sind wirtschaftspolitisch von besonderer Relevanz:

- Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist es angesichts der hohen Lohn- und Sozialkosten entscheidend, stets den optimalen Kapitalstock für die Produktion zu haben. Das bedeutet permanente Investitionen. Hier haben wir Nachholbedarf. Einen nachhaltigen Anreiz dafür würde die Wiedereinführung der degressiven AfA geben.
- Für das Wachstum von neuen High-Tech-Betrieben gibt es in Deutschland keine durchgreifende „Finanzierungskultur“. Auch das ist eine vorrangige Aufgabe der Steuerpolitik.
- Längst fällig ist die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in den Betrieben.

## EUROPA

Freiheit und Demokratie setzen das Vertrauen der Bürger in die Politik und ihre Institutionen voraus. Die Bürger müssen erfahren, dass vereinbarte Regeln gelten – auch beim Stabilitäts- und

Wachstumspakt. Der Weg aus der europäischen Schuldenfalle führt nicht über neue Schulden, sondern nur über einen konsequenten Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren. Das kann eine Politik des Quantitative Easing nicht leisten. Die EZB hat ihr Mandat längst überstrapaziert. Null-Zins-Politik und wieder zunehmende Inflation entwickeln sich zu einem schweren Problem für den Euro und die EZB.

„Europa ist alle Anstrengungen wert“

Europa muss seine Aufgaben wahrnehmen in der Außen- und Sicherheitspolitik, beim Schutz der Außengrenzen, um „Schengen“ aufrechterhalten zu können, sowie bei der Begrenzung und Kontrolle der Zuwanderung. Aufgabe der EU ist es zudem, für eine faire Besteuerung international tätiger Konzerne zu sorgen und den Missbrauch durch unzulässige Steuervergünstigungen durch einzelne EU-Staaten zu unterbinden. Nur so kann das für ein derart heterogenes Gebilde wie die EU notwendige Vertrauen wieder hergestellt werden. Daß das Europäische Einigungswerk für uns lebensnotwendig ist, daran sollte kein Zweifel bestehen. Es ist alle Anstrengungen wert.

Dr. Otto Wiesheu  
Präsident